

Rede zum Haushalt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der diesjährige Haushalt steht insbesondere unter dem Zeichen der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen.

Zunächst möchte ich allen Mitarbeitern der städtischen Verwaltung, Beamten wie Angestellten, für Ihre Arbeit im Dienste unserer Stadt danken. Insbesondere geht mein Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der – umfangreichen! – Umstellung des Haushaltswesens befasst waren und sind. Besonders danken möchte ich auch der Feuerwehr und dem, gerade in Zeiten von Corona, außerordentlich wichtigen Krisenstab unserer Stadt. Auch möchte ich allen anderen Ehrenamtlichen für Ihre Arbeit danken.

Das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen hat durchaus seine Vorteile. So wird durch die Bestimmung von Zielen und die Aufteilung in Produkte die Transparenz des Haushalts erhöht. Unter dem Gesichtspunkt von "Wirtschaftlichkeit" und "Generationengerechtigkeit" ist das NKHR aber leider auch etwas anderes – ein Spardiktat. Mit dem Wort "Generationengerechtigkeit" wird verlangt, keine – oder möglichst wenig – Schulden zu machen, denn man wolle seinen Kindern doch keine Schulden vererben. Nun ist der Staat und seine Körperschaften aber kein Mensch. Die von Bund und Ländern hartnäckig verfochtene Ideologie der schwarzen Null führt dazu, dass notwendige Investitionen nicht getätigt werden können, dass Infrastruktur verfällt und Soziales vernachlässigt wird. Der kommenden Generation keine Investitionswüste zu hinterlassen, ist deutlich wichtiger, als die Frage nach den Schulden.

Ich möchte auf einige, ausgewählte Punkte aus dem Haushalt im Einzelnen eingehen.

Die Stadt Neckargemünd fördert weiter den Verkehrsverbund Rhein-Neckar. Alle Welt spricht vom Klimaschutz, man solle insbesondere aufs Auto verzichten und auf Fahrrad und ÖPNV umstellen. Leider konterkariert der vrn alle Bemühungen der neuen Umweltbewegung. Statt Vergünstigungen und Angebotsausbau wird der öffentliche Nahverkehr in unserer Region – trotz öffentlicher Förderung – immer teurer. Mit einem Monats-, Jahres- oder Semesterticket kann man – was in vielen anderen Verbänden, zumindest für Studierende, möglich ist – weder durch das ganze Bundesland, noch zumindest nach Stuttgart oder Frankfurt fahren. Nach Kaiserslautern kommt man zwar – aber da hält sich meine Begeisterung doch sehr in Grenzen. Trotz des Geldes, dass die Stadt Neckargemünd und andere Kommunen, aber auch sonstige Körperschaften wie Universität und Verfasste Studierendenschaft Heidelberg in den vrn stecken, wird weder das Angebot ausgebaut noch werden die Preise verringert. Der vrn weigert sich weiter, die Schlierbacher Wabe, die die Kosten einer Fahrt nach Heidelberg für Neckargemünder völlig irrational erhöht, abzuschaffen. Damit werden Anreize für den privaten PKW geschaffen, die Umweltbewegung wird sabotiert und den Menschen, die sich ein Ticket nicht oder kaum leisten können, die Mobilität genommen. Diese Politik muss sich dringend ändern. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal bei unserem Bürgermeister bedanken, der als einziger gegen die jüngsten Preiserhöhungen des vrn gestimmt hat.

Die Stadt stellt Mittel zur Verkehrslenkung und -planung zur Verfügung. Das ist richtig und wichtig, hier hätte jedoch durch reinen gesunden Menschenverstand gespart werden können. So wurde der Parkdruck zwar durch das Parkraumkonzept grundsätzlich verringert – außer an zwei Stellen, am Rathaus und am Schulzentrum. Die Parkgebühren für Angestellte und Beamte der Stadt und der Schule lassen sich nämlich dadurch umgehen, dass in den Straßen legal und kostenfrei geparkt wird. Das hat zur Folge, dass das Konzept an diesen Stellen die genau gegenteilige Wirkung entfaltet, die gewollt war. Eine von der Verwaltung gewünschte Regelung, Jahreskarten für eine Verwaltungsgebühr von 10 Euro anzubieten, wurde leider abgelehnt. Die Einrede, man würde so Anreize für den privaten PKW schaffen, gilt nicht, denn die betroffenen Personen kommen ja sowieso mit dem Auto und können kostenlos parken – nur tun sie das eben in den Straßen zulasten der Anwohner anstatt auf den dafür vorgesehenen Parkplätzen. Das Festhalten des Gemeinderats an dieser absurden Regelung hatte dann unter anderem auch zur Folge, dass PKW für städtische Bedienstete im Außeneinsatz angeschafft werden müssen, da Ihnen keine zusätzlichen Kosten von Seiten der Stadt auferlegt werden sollen, wenn sie bereit wären, ihren privaten PKW für Dienstfahrten zu nutzen und in der Vergangenheit gegebenenfalls nur deshalb mit dem PKW zur Arbeit fahren.

Die Stadt Neckargemünd betreibt auch – gute – Jugendarbeit. Wünschenswert wäre allerdings auch ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Neckargemünd, angepasst an die heutigen Verhältnisse. Es darf bei der Frage nach dem Bedarf vor allem nicht außer Acht gelassen werden, dass die Stadt Neckargemünd durch die vielen Schulen der Lebensmittelpunkt einer großen Zahl an Kindern und Jugendlichen ist, nicht nur derer, die in Neckargemünd gemeldet sind, sondern auch solche, die aus dem Umland kommen und in kleineren Gemeinden gar keine Jugendinfrastruktur auffinden.

Was durchaus positiv zu sehen ist und von mir und der Neckargemünder LINKEN ausdrücklich begrüßt wird, ist die Arbeit an der Jugendbeteiligung, sei es nun durch einen Jugendgemeinderat oder ein offenes Jugendforum, das auch genannte Jugendliche einschließt, die ihren Hauptwohnsitz nicht in Neckargemünd haben. Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung machen hier großartige Arbeit, wir kommen gut voran, auch wenn sich das Interessiertentreffen wegen des Corona-Virus nun doch noch verzögert.

Handlungsbedarf besteht auch, was die Kindertagespflege betrifft. Meiner Partei, der LINKEN, ist die gebührenfreie Kinderbetreuung eines der höchsten Ziele. In Betrachtung des Haushalts musste jedoch auch mir klar werden, dass sich die Stadt Neckargemünd die vollständige Übernahme aller Kosten der Kinderbetreuung schlicht nicht leisten kann. Hier wäre das Land gefragt. In anderen, ärmeren Bundesländern ist kostenlose Kinderbetreuung bereits eine Selbstverständlichkeit. Danken möchte ich an dieser Stelle der Fraktion der Freien Wähler und Herrn Stadtrat Rehberger für den Vorstoß, eine Resolution des Gemeinderates an das Land zu verabschieden, in der die Übernahme der Gebühren durch selbiges gefordert würde. Leider sperrten sich die Fraktionen, deren Parteien auch die Landesregierung stellen, gegen diese Resolution. Der Bedarf in unserer Gemeinde besteht aber definitiv, und wir müssen alles versuchen, um das Land endlich zum Handeln zu bewegen. Erziehung ist Bildung. Leider hat nicht zuletzt die Wiedereinführung von Studiengebühren durch die grüne Kultusministerin Theresia Bauer gezeigt, wie die baden-württembergischen Grünen es mit dem Ideal von freier Bildung halten, wenn es um Ministerposten und die Ideologie der schwarzen Null geht.

Die Stadt ist auch für Brandschutz – d.h. die Ausstattung der Feuerwehr – und Bauleitplanung verantwortlich. Auch ich bin hier der Ansicht, dass ein neues Feuerwehrhaus in Dilsberg absolut notwendig und der Bau unvermeidlich ist.

Ein weiteres, gigantisches Problem unserer Zeit ist der Wohnraummangel. Die Stadt bemüht sich um die Versorgung von Wohnungslosen, Asylbewerbern und Sozialhilfeempfängern mit Wohnraum. Daneben haben wir im Gemeinderat und im Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt auch alles getan und werden weiter alles tun, um privaten Bauherren die Schaffung von Wohnraum zu ermöglichen. Was es aber wirklich braucht, um den Wohnraummangel zu beheben, ist eine Offensive im sozialen Wohnungsbau. Dieser schafft nicht nur direkt Wohnungen, sondern drückt auch das Mietenniveau und ermöglicht so auch Gering- und Durchschnittsverdienern Wohnungen in einer angemessenen Lage. Dies hat weiter den Vorteil, dass das Aufkommen an Pendlern mit privaten PKW zurückgeht – sozialer Wohnungsbau ist also auch Umweltschutz. Die Kommunen können diese dringend benötigte Offensive aber nicht allein stemmen. Auch hier braucht es dringend Unterstützung von Bund und Ländern.

Positiv zu bewerten ist, dass die Stadt weiter in den Breitbandausbau investiert. Ein flächendeckendes, zuverlässiges Breitbandnetz ist notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung von Stadt, Region, Land und Bund. Ein Investitionsstau im Bereich des Breitbandausbaus wäre alles andere als "generationengerecht".

Im Anbetracht der fortwährenden Borkenkäferplage macht der Stadtwald Verlust. Auch hier bin ich dankbar, dass die Stadt diese Verluste übernimmt. Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, er ist keine Holzfarm. Er ist ein bedeutender Faktor für das Stadtklima und dient als Naherholungsgebiet dem Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger Neckargemünds.

Alles in allem sehe ich viel Handlungsbedarf, um unsere Stadt noch lebenswerter, sozialer und umweltfreundlicher zu machen. Trotzdem bewerte ich die Arbeit im Gemeinderat, den ihm zugehörigen Gremien und in der Verwaltung als äußerst positiv. Wir haben es geschafft, eine produktive Kultur der sachorientierten Zusammenarbeit zu schaffen, uns auch bei Streitpunkten gut zu verständigen und gemeinsam Lösungen für die Stadt zu finden. Vielen Dank an alle, die hieran beteiligt sind, und auf weitere gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche allen Neckargemünderinnen und Neckargemündern darüber hinaus im Anbetracht der aktuellen Situation beste Gesundheit.

Stadtrat Marco La Licata
DIE LINKE Neckargemünd